Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 2770**

Antrag

der Fraktion der Deutschen Partei

betr. Entschädigung des für Wehrmachtzwecke und Reichsautobahn beschlagnahmten Grundbesitzes.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht

1. die Eigentumsverhältnisse der seit dem Jahre 1936 beschlagnahmten privaten Grundstücke für Zwecke der ehemaligen deutschen Wehrmacht und Reichsautobahn sofort zu regeln und die nicht mehr benötigten und noch nicht grundbuchmäßig umgeschriebenen Flächen dem Eigentümer zur sofortigen Nutzung freizugeben,

2. die Zahlung der noch fälligen Entschädigung für den nicht freiwerdenden Grundbesitz sofort vorzunehmen,

3. die auf diesem, von den Besitzern nicht zu nutzenden Grundbesitz ruhenden steuerlichen Verpflichtungen sofort auszusetzen und die bisher dafür gezahlten steuerlichen Beträge als Steuervorauszahlungen anzuerkennen und zu verrechnen,

4. die auf diese, von den Eigentümern nicht zu nutzenden Grundstücke entfallende Soforthilfe sofort niederzuschlagen und die bisher dafür entrichteten Beträge als Vorauszahlungen anzurechnen.

Bonn, den 5. November 1951

Matthes
Dr. Mühlenfeld und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1